

Trostpreis Visaerleichterungen?

Boris Johnson verspricht eine leichtere Einreise und mehr Geld für Wissenschaftler.



Kürzlich besuchte Boris Johnson das Culham Centre for Fusion Energy mit dem Fusionsexperiment JET.

Die britische Regierung will laut eigener Aussage die herausragende Position der Wissenschaft im Vereinigten Königreich erhalten, unabhängig davon, ob der EU-Austritt mit oder ohne Deal erfolgt. Bei einem Besuch im Fusionsforschungszentrum JET in Culham¹⁾ kündigten Premierminister Boris Johnson und sein Bruder Jo, der mittlerweile als Wissenschaftsminister zurückgetreten ist, leichtere Einreisebestimmungen für Wissenschaftler an. Zudem versprachen sie, dass ihre Regierung bei einem No-Deal-Brexit wegfallende europäische

Fördermittel übernehmen würde. Bisher unterschied man bei Visa für Wissenschaftler zwischen „Tier-1“- und „Tier-2“-Anträgen. Für erstere gab es eine in der Regel nicht ausgeschöpfte Obergrenze von 2000 pro Jahr. Sie waren im Wesentlichen nur über die Royal Society zu beantragen. Dagegen erforderten Tier-2-Anträge eine mehrmonatige Bearbeitungszeit und kosteten rund 8600 Euro. Die rund 100 000 EU-Bürger im Wissenschaftssystem des Landes, für die bis jetzt Reisefreiheit galt, müssten nach einem Brexit ohne weitere Regelungen diesen langwierigen Weg gehen. Nun soll die Obergrenze für Tier-1-Visa entfallen, und mehr Institutionen sollen das Vergaberecht erhalten. Weitere Details sind noch nicht bekannt.

Venkatraman Ramakrishnan, der Präsident der Royal Society, hatte diese Visa-Erleichterungen bereits 2016, unmittelbar nach dem Brexit-Referendum, gefordert. So begrüßte er die Ankündigungen, mahnte aber, dass die ungehinderte Zusammenarbeit im europäischen Wissenschaftssystem wesentlich für das britische Wissenschaftssystem sei. Boris Johnson versprach zwar, britische Forscherinnen und Forscher könnten auch künftig an allen Horizon-Programmen teilnehmen. Gleichzeitig droht er jedoch im Brexit-Deal-Poker der EU, die finanziellen Verpflichtungen des Vereinigten Königreichs zu ignorieren, was die Beteiligung an der EU-Forschungsförderung beenden würde. Weiterhin hat die Regierung im Januar einen „Fund for International Collaboration“ über 87 Millionen Euro aufgelegt und im August um 64 Millionen aufgestockt.²⁾ Dieser soll die Zusammenarbeit mit Partnern fast ausschließlich außerhalb der EU fördern. Insgesamt überwiegt in der britischen Wissenschaft die Skepsis, und die Hochschulen und Institutionen versuchen verstärkt, durch individuelle Kooperationen mit europäischen Partnern die Verbindung mit Europa zu halten.³⁾

1) Physik Journal, April 2017, S. 11

2) www.ukri.org/research/international/fund-for-international-collaboration-fic

3) Physik Journal, Dezember 2018, S. 14

Matthias Delbrück

Kürzung von links

Mexikos Präsident schränkt die Reisetats und Sachmittel für Forschungsinstitute ein.

In Mexiko, der nach Brasilien zweitgrößten Wissenschaftsnation Lateinamerikas, gefährden Mittelkürzungen die Arbeitsfähigkeit vieler Forschungsgruppen. Der seit Dezember 2018 amtierende linksgerichtete Präsident Andrés Manuel López Obrador hatte zunächst Unterstützung aus der Wissenschaft. Einige Monate danach begann er allerdings, seine Kampagne gegen Korruption und Verschwendung durch die „vergoldete Bürokratie“ auch auf die öffentlich geförderte Forschung auszudehnen. Nachdem er sein eigenes Gehalt gesenkt und das Präsidentenflugzeug der Regierung

verkauft hatte, bezeichnete er Auslandsreisen von Wissenschaftlern als „Tourismus“ und kürzte den bundesstaatlich geförderten Forschungseinrichtungen die Mittel für Reisen, Fahrzeuge, Büromaterial und Aushilfskräfte um 30 bis 50 Prozent. In der Folge konnten manche Institute ihre Wasser- und Stromrechnungen nicht mehr bezahlen, Beobachtungsprogramme und Computerberechnungen wurden unterbrochen und Konferenzen abgesagt. Dabei hilft es wenig, dass die Mittel für Wissenschaft, Technologie und Innovation insgesamt leicht erhöht wurden.

Parallel dazu sieht sich das Wissenschaftssystem Versuchen ausgesetzt,

seine Autonomie und insbesondere das Peer-Review-System einzuschränken. Die neue Leiterin des Nationalen Wissenschafts- und Technologierats CONACYT,¹⁾ die Entwicklungsbiologin und Gentechnik-Kritikerin Elena Álvarez-Buylla, hat Journalisten zufolge seit ihrer Einberufung alle Entscheidungen an den zuständigen wissenschaftlichen Gremien vorbei getroffen und versucht, den Peer-Review-Prozess mit eigenen inhaltlichen Vorgaben auszuhebeln. Eine Senatorin ihrer Partei brachte zudem ein Gesetz ein, das die Befugnisse der CONACYT-Präsidentin noch erheblich ausweiten würde.

Matthias Delbrück

1) Consejo Nacional de Ciencia y Tecnología